



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/1891**

A09

7. November 2023

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871-3415

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

**Sitzung des Innenausschusses am 09.11.2023**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 30.10.2023**  
**„Tödlicher Polizeieinsatz in Delbrück“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-  
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Tödlicher Polizeieinsatz in  
Delbrück“.

Mit freundlichen Grüßen

  
Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 09.11.2023**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Tödlicher Polizeieinsatz in Delbrück“**  
Antrag der Fraktion der SPD vom 30.10.2023

Das Ministerium der Justiz hat mir zu dem angefragten Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 07.11.2023 folgende Informationen zur Verfügung gestellt:

„Der Leitende Oberstaatsanwalt in Paderborn hat dem Ministerium der Justiz unter dem 03.11.2023 im Wesentlichen Nachstehendes berichtet:

,/.

*Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen, die u. a. auf den zeugenschaftlichen Vernehmungen drei der eingesetzten Polizeibeamten und dem vorläufigen mündlichen Obduktionsergebnis beruhen - Bodycams sowie Fahrzeugkameras aus den eingesetzten Funkstreifenwagen waren nach polizeilichen Erkenntnissen nicht eingeschaltet -, ist von folgendem Sachverhalt auszugehen:*

*Am 11.10.2023 gegen 12.40 Uhr teilte die Mutter des später Verstorbenen im Rahmen eines Polizeinotrufs mit, dass ihr Sohn das Haus mit einem Messer verlassen habe und in einen nahegelegenen Wald gelaufen sei, um sich dort mit dem Messer zu suizidieren. Bereits Ende August 2023 war es wegen einer mutmaßlichen Suizidankündigung des Sohnes zu einem Polizeieinsatz gekommen.*

*Die polizeiliche Suche nach dem 30-Jährigen - dem später Verstorbenen -, an der die am späteren Vorfall eingesetzten vier Polizeibeamten beteiligt waren, verlief zunächst ergebnislos. Im Rahmen dieser Fahndung wurden sie über eine Funkdurchsage über*



*die Ende August 2023 geäußerten mutmaßlichen Suizidabsichten des später Verstorbenen unterrichtet.*

*Gegen 18.00 Uhr ging ein Zeugenhinweis zum aktuellen Aufenthaltsort des später Verstorbenen ein, woraufhin sich drei Polizeibeamte und eine Polizeibeamtin mit zwei Funkstreifenwagen zu der Einsatzörtlichkeit an der Straßenkreuzung Westenholzer Straße/Verbindungsweg in Delbrück-Westenholz begaben. Die beiden Funkstreifenwagen trafen in kurzer zeitlichen Abfolge an der Örtlichkeit ein. Die Polizeibeamten aus dem ersteintreffenden Funkstreifenwagen sprachen den später Verstorbenen an. Nach Ankunft des zweiten Funkstreifenwagens, besetzt mit einem 27-jährigen Polizeibeamten - dem Beschuldigten - als Fahrer und einer Polizeibeamtin, lief der später Verstorbene mit dem von ihm geführten Küchenmesser mit einer Klingenlänge von 16 cm aus einem Abstand von nur wenigen Metern schnell auf den Fahrer des ersteingetroffenen Funkstreifenwagens sowie den Beschuldigten zu. Der Fahrer des ersteingetroffenen Funkstreifenwagens wich, ohne einen Schuss abzugeben, in Richtung des hinter ihm stehenden Beschuldigten zurück. In diesem Moment gab der Beschuldigte insgesamt vier Schüsse aus seiner Dienstwaffe auf den später Verstorbenen ab, die diesen tödlich verletzten, wobei diesen ein Schuss an der rechten Hand, ein Schuss im Brustbereich, ein Schuss im Bauch- sowie ein Schuss im Kopfbereich trafen. Zu weiteren Schussabgaben kam es nicht.*

*Die Staatsanwaltschaft Paderborn hat am 12.10.2023 ein Ermittlungsverfahren gegen den die Schüsse abgebenden Polizeibeamten eingeleitet. Die Ermittlungen dauern an. (...)'*

Unter dem 06.11.2023 hat der Generalstaatsanwalt dem Ministerium der Justiz wie folgt berichtet:

*„Gegen die in dem Bezugsbericht dargestellte staatsanwaltschaftliche Sachbehandlung habe ich keine Bedenken.“*